DEMETRA

Democratic Governance, Environmental and Climate Challenges, and Societal Transformation: Deliberation, Inclusiveness, and Citizen Empowerment for Sustainable Food Systems

Mehr als Pilotprojekte: Aufbau tragfähiger Governance für städtische Ernährungssysteme

Policy Brief Nr. 2

Ein Bericht für Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung sowie interessierte Personen, die sich mit Themen rund um Ernährung und Nachhaltigkeit befassen.

Quer durch Europa entstehen vielversprechende urbane Projekte rund um nachaltigere, gerechtere und gesündere Ernährungssysteme. Doch oft scheitern sie, weil die Verantwortung ungeklärt ist, die finanziellen Mittel ausgehen oder die Entwicklung ins Stocken gerät, sobald es zu einem politischen Wechsel kommt. In diesem Kurzbericht wird erläutert, wie dem begegnet werden kann. Das Forschungsprojekt DEMETRA empfiehlt fünf praktische Schritte, wie die Einbindung lokaler Expert:innen als wichtige Berater:innen, die Einrichtung ständiger Ernährungsräte sowie die Bereitstellung einer langfristigen, stabilen Finanzierung.

Aktuelle Herausforderungen

Handlungsdruck der politischen Entscheidungsträger:innen. Als Reaktion auf die Klimakrise müssen Regierungen ehrgeizige Nachhaltigkeitstransformationen vorantreiben, die gleichermaßen fair und demokratisch sind und von der Bevölkerung mitgetragen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ernährungssysteme: Sie sind eine der treibenden Kräfte hinter Treibhausgasemissionen, dem Verlust der Artenvielfalt und sozialen Ungleichheiten, während die gegenwärtigen Krisen – von der Corona-Pandemie bis hin zu geopolitischen Veränderungen – tiefgreifende Schwachstellen offenbart haben.

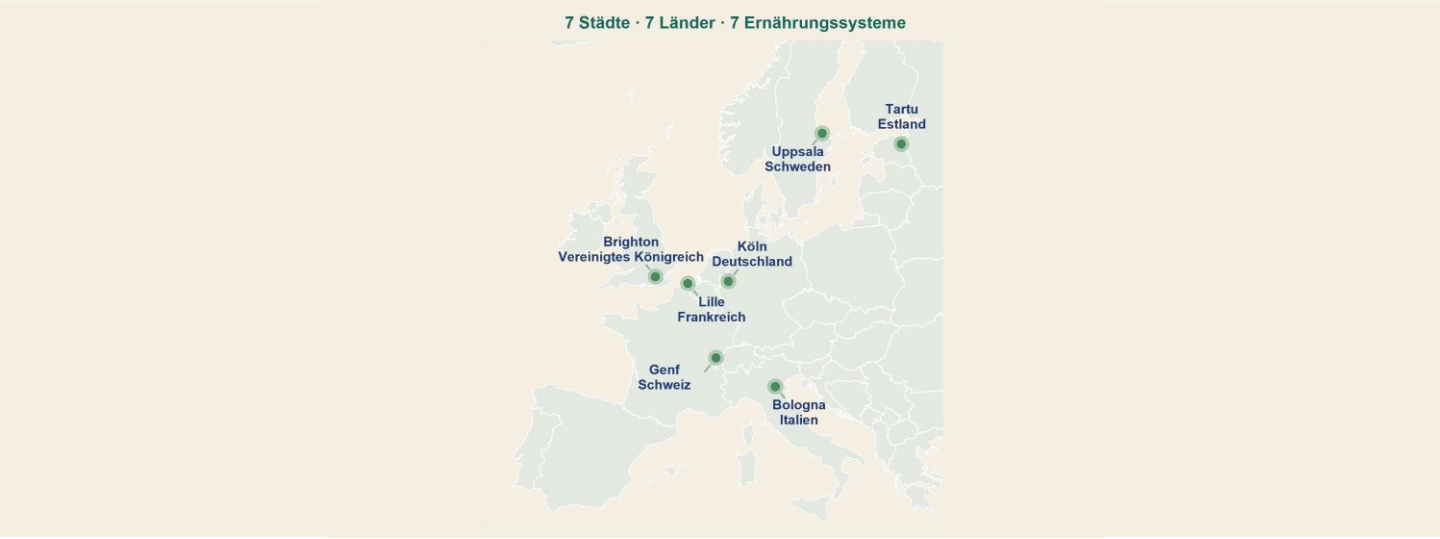
Unser Projekt DEMETRA. Wir untersuchen, wie Bürger:innen durch sogenannte „deliberative und partizipative Prozesse“ (DPPs) zu diesen Veränderungen beitragen. Dabei handelt es sich um demokratische Projekte im kleinen Maßstab, die Bürger:innen zusammenbringen, um wichtige gesellschaftliche Transformationen anzugehen. DEMETRA ist in sieben europäischen Städten in sieben Ländern tätig, die sich jeweils durch unterschiedliche Ernährungssysteme, politische Traditionen und unterschiedliche Erfahrungen mit Bürger:innen-Beteiligung auszeichnen. Die Projektstädte sind Bologna (Italien), Brighton (Großbritannien), Genf (Schweiz), Köln (Deutschland), Lille (Frankreich), Tartu (Estland) und Uppsala (Schweden).

Unsere drei zentralen Fragen

1. Inklusive Mitsprache. Wie können Bürger:innen (insbesondere aus marginalisierten oder unterrepräsentierten Gruppen) wirksam einbezogen werden?

2. Echte Teilhabe. Wie können Prozesse so gestaltet werden, dass sie zu echter Entscheidungsfindung führen und nicht nur rein symbolische Beteiligung darstellen?

3. Dauerhafte politische Wirkung. Wie können partizipative Entscheidungsprozesse in die reguläre Politikgestaltung integriert und skaliert werden, damit sie eine dauerhafte Wirkung auf lokale und regionale Ernährungssysteme haben?



Fünf Empfehlungen auf einen Blick

Auf der Grundlage unserer Erkenntnisse haben wir fünf vorrangige Maßnahmen für den Aufbau einer nachhaltigen und partizipativen Steuerung der städtischen Ernährungspolitik festgelegt. Jede dieser Maßnahmen wird auf der nächsten Seite genauer erläutert.

VERANTWORTLICHKEIT

1 Lokales Wissen erschließen und integrieren

Vorhandenes Know-how durch die Schaffung formeller Beratungsfunktionen einbinden.

2 Partizipative Steuerung institutionalisieren

Vom punktuellen Engagement hin zu einer tragfähigen demokratischen Infrastruktur, die alle in Entscheidungen einbezieht.

FINANZIERUNG

3 Stabile, langfristige Finanzierung aufbauen

Die Abhängigkeit von kurzfristigen Pilotprojekten durch eine dauerhafte, mehrjährige Finanzierung ersetzen.

4 Systemische Veränderungen statt Zielvorgaben

Die Mittelvergabe neu auf langfristige Investitionen ausrichten und dabei integrierte Steuerungsmaßnahmen stärken.

DAUERHAFTIGKEIT

5 Innovationen langfristig sichern

Steuerungsinstrumente schaffen, die unabhängig von Wahlzyklen Bestand haben.

Die Nummerierung entspricht den detaillierten Empfehlungen auf der folgenden Seite.

Unsere Empfehlungen im Detail

1. Lokales Wissen erschließen und integrieren. Lokale Akteur:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachleute verfügen über unverzichtbares Know-how. Dieses Fachwissen sollte systematisch in die Politikgestaltung einbezogen werden, indem formelle Beratungsfunktionen für diese Akteur:innen geschaffen werden, damit ihr Fachwissen in das Agenda-Setting, die Umsetzung und die Evaluation einfließt.

2. Partizipative Steuerung institutionalisieren. Den Übergang von punktueller Beteiligung hin zu einer dauerhaften demokratischen Infrastruktur schaffen, wie beispielsweise Ernährungsräte, ständige Bürger:innen-Gremien und Co-Design-Plattformen – mit klaren Mandaten, Entscheidungswegen und Rückmeldepflichten sowie einer angemessenen Ressourcenausstattung.

Foto: Jörn Hamacher / ER Köln

3. Stabile, langfristige Finanzierung aufbauen. Eine dauerhafte, mehrjährige Finanzierung für Personal, Koordination und Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft ersetzt die Abhängigkeit von kurzfristigen Pilotprojekten. So werden Wettbewerbsdynamiken verringert, die Kontinuität und Vertrauen untergraben.

4. Systemische Veränderungen statt Zielvorgaben. Die öffentliche Mittelvergabe sollte von kurzfristigen Ergebnissen hin zu langfristigen Investitionen in Resilienz und strukturellen Wandel verlagert werden. Dabei sollten Steuerungsmaßnahmen gefördert werden, die Ernährung, Gesundheit, Klimaschutz, Beschaffung, Landnutzung und Sozialpolitik miteinander verknüpfen.

5. Innovation langfristig sichern. Wichtig ist die Schaffung lernfreundlicher Umgebungen mit stabiler Personalausstattung, Wissenssicherung und -verbreitung zwischen Städten und Kommunen. Politische Steuerungsinstrumente müssen über Wahlzyklen hinaus Bestand haben.

Gemeinsam werden diese Maßnahmen den Städten dabei helfen, vielversprechende Ernährungsinitiativen in eine nachhaltige, partizipative Governance zu integrieren. Das größte Hindernis ist selten ein Mangel an Ideen, sondern ein Mangel an institutioneller Beständigkeit.

Zugrundeliegende Forschungsergebnisse

Diese Empfehlungen basieren auf unserer vergleichenden Analyse der Ernährungspolitik in den 7 DEMETRA-Städten.

Formale Strukturen sind begrenzt. Die Zuständigkeit für die Ernährungspolitik ist oft informell oder verstreut, sodass Initiativen keine stabile institutionelle Verankerung, kein klares Mandat und keine dauerhaften Kompetenzen haben.

Zusammenarbeit mangelt es an Beständigkeit. Die sektorübergreifende und multi-stakeholder-bezogene Zusammenarbeit nimmt zwar zu, stützt sich jedoch häufig eher auf engagierte Einzelpersonen und kurzfristige Projekte als auf dauerhafte Strukturen.

Städte sind Innovationszentren. Die städtischen Behörden erproben integrierte Ansätze, die Ernährung mit Gesundheit, Klima, Beschaffung und Sozialpolitik verknüpfen und damit zeigen, was eine vernetzte Politikgestaltung bewirken kann.

Instrumente sind oft zu eng gefasst. Die verfügbaren politischen Instrumente sind häufig unzureichend oder zu eng ausgestaltet. Silo-Strukturen schränken die Fähigkeit der Städte ein, systemische, sektorübergreifende Veränderungen voranzutreiben.

Politischer Wechsel führt zu Instabilität. Viele Initiativen sind äußerst anfällig für Veränderungen in der Politik und verlieren an Dynamik und Wissen, wenn sich Prioritäten oder Schlüsselpersonen ändern.

Regieren im Mehrebenensystem ist ein zweischneidiges Schwert. Höhere Regierungslevel können lokales Handeln sowohl fördern als auch einschränken. Die Ergebnisse hängen davon ab, wie Kompetenzen, Finanzierung sowie vertikale und horizontale Koordination aufeinander abgestimmt sind.

VERGLEICHENDE ANALYSE URBANER ERNÄHRUNGSPOLITIK

7	120	17-18
Städte in sieben europäischen Ländern	Interviews mit politischen Entscheidungsträger:innen	Interviews pro Stadt

Foto: Christoph Kirtzel/ UWH

Weitere Informationen

Dieser Bericht ist ein öffentlich zugängliches Ergebnis des DEMETRA-Projekts und stützt sich auf Forschungsergebnisse aus dem Arbeitspaket 4.

IHRE ANSPRECHPARTNERIN VOR ORT

Simone Schiller-Merkens (Universität Witten/Herdecke) simone.schiller-merkens@uni-wh.de

www.uni-wh.de/demetra

INHALTLICHE BEITRÄGE

- **Sabine Weiland** (ESPOL, Université Catholique de Lille) sabine.weiland@univ-catholille.fr

QUELLE

Hofer, C. (2026). *Beyond Pilots: Building Durable Governance Frameworks for Urban Food Systems* (DEMETRA Policy Brief No. 2). DEMETRA Project, Horizon Europe grant agreement No. 101132286. Zenodo. https://doi.org/10.5281/zenodo.22541657

LIZENZ

Veröffentlicht unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC BY 4.0). Sie dürfen diese Zusammenfassung weitergeben und bearbeiten, auch in Übersetzungen, sofern Sie den Autor und das DEMETRA-Projekt als Quelle angeben.

DEMETRA

Democratic Governance, Environmental and Climate Challenges, and Societal Transformation: Deliberation, Inclusiveness, and Citizen Empowerment for Sustainable Food Systems

Website — Social Media

Funded by the European Union, under Horizon Europe, Grant Agreement number 101132286. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or European Commission. Neither the European Union nor the European Commission can be held responsible for them.

This work was funded by UK Research and Innovation (UKRI) under the UK government's Horizon Europe funding guarantee [grant number 10116425] and funded by the European Union.

This work has received funding from the Swiss State Secretariat for Education, Research, and Innovation (contract number 23.00524).